



Die Übernahme Syngentas durch Chemchina ist unter einer Trump-Regierung erneut gefährdet. Hier ein Forschungslabor von Syngenta in Stein AG. Keystone

Zittern um den Syngenta-Deal

Nach der Trump-Wahl: Die Furcht vor dem Scheitern des 43-Milliarden-Mergers greift wieder um sich.

VON NIKLAUS VONTOBEL
UND LAURINA WALTERSPERGER

Syngenta wird die Zweifel ihrer Investoren nicht los. Die Aktie des Agrochemie-Konzerns verliert seit Wochen an Wert. Nun hat sie mit der Trump-Wahl erneut nachgegeben und liegt bei 378 Franken - weitab des Angebots von Chemchina, das 470 Franken für jede Aktie beträgt. Dabei hatte das Komitee für Auslandsinvestitionen in den USA (Cfius) dem Merger bereits grünes Licht gegeben, eines der grössten Hindernisse schien damit ausgeräumt.

Mit der Trump-Wahl kommen neue Ängste auf. Trump hatte China schon wiederholt angegriffen. Unter anderem sagte er, Amerika habe einen Handelskrieg mit China, und, bezogen auf Chinas grosse Exporte: «Wir dürfen es nicht weiter zulassen, dass China unser Land vergewaltigt.» Damit spielt China eine Hauptrolle in der Trump'schen Erzählung davon, wie Amerikas Unternehmen und Arbeiter im internationalen Handel benachteiligt seien.

Konkreten Anlass zur Sorge bietet nun ein Bericht von Trumps Übergangs-Administration, der in Washington kursiert. Darin werden die Prioritäten für die neue Regierung beschrieben. In einer entscheidenden Passage

heisst es: «Zu den anderen Geschäften für den ersten Tag zählt, China als Währungs-Manipulator zu kennzeichnen (...) und das Amt des US-Handelsbeauftragten und Cfius zusammenzubringen, um alle wichtigen ausländischen Übernahmen von US-Unternehmen zu untersuchen und so gleiche Chancen für amerikanische Investoren im Ausland zu gewährleisten.»

Nun treibt Investoren die Sorge um, Trump könnte den Cfius-Entscheid rückgängig machen. Gemäss einem US-Politik-Insider wären Syngenta und Chemchina ein leichtes Ziel. «Weil es für US-Unternehmen viel schwieriger ist, in China ein Unternehmen zu kaufen als umgekehrt; weil es um die Nahrungsmittel-Sicherheit geht und damit ein strategisches Thema für die USA.» Es scheint fair zu sagen, dass die Genehmigung des Deals gerade viel schwieriger geworden sei.

Das scheint auch das Analysehaus Bernstein Research zu befürchten. Der zuständige Analyst schrieb diese Woche, die Übernahme werde nach der Wahl Trumps komplizierter, und nahm das Kursziel für die Aktie deutlich herunter. Am Markt gibt es indessen auch andere Stimmen. Diesen zufolge werde die Trump-Regierung eher chinesische Übernahmen von in den USA beheimateten Unternehmen verhindern wollen.

Unsicherheit ist zurück

Syngenta-Aktie in den letzten 3 Monaten in Franken



QUELLE: CASH.CH GRAFIK: MTA/SAS

Der Londoner Broker Olivetree hat sich die Risiken genauer angeschaut und gibt Entwarnung: «Das Zeitfenster, in dem der neue Präsident handeln müsste, wird sehr kurz sein; und es gab bislang keine Hinweise für ein Eingreifen.»

In Europa hat sich die Haltung gegenüber China bereits verhärtet. Berlin und Brüssel fordern eine verstärkte Prüfung chinesischer Übernahmeangebote. Allen voran verhandelt Deutschland dieser Tage in einem weit härteren Ton als auch schon mit Peking. Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel sorgte bei der Regierung in Peking jüngst für Verstimmung, als er zwei chinesische Übernahmen, die eigentlich

schon über die Bühne gegangen waren, nochmals untersuchen wollte. Global sind laut dem britischen Investment-spezialisten Grisons Peak chinesische Übernahme Deals von über 40 Milliarden Dollar blockiert - ohne den Syngenta-Deal und die deutsche Aixtron.

Schon 13 Schweizer Betriebe

Anders sieht es in der Schweiz aus. Obschon der geplante Syngenta-Deal der grössten Merger in der chinesischen Geschichte wäre, hält sich die Schweiz gegenüber China zurück. Dabei hat der rote Drache seit 2009 bereits 13 Unternehmen geschluckt. Zu den prominentesten Beispielen zählen der Trinkflaschenhersteller Sigg, der Flughafen-dienstleister Swissport oder der Uhrenhersteller Eterna.

In der Öffentlichkeit sorgt dies für Unbehagen. «Ausländische Investitionen wecken vielerorts Sorgen um die Schweizer Arbeitsplätze der betroffenen Firmen», heisst es beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Der Bundesrat verfolge diese Entwicklung aufmerksam. Handlungsbedarf sieht man jedoch weder beim Seco noch beim Wirtschaftsdachverband Economiuisse. Im Vordergrund stünden die Vorteile für den Wirtschaftsstandort Schweiz, heisst es beim Seco.

Paradeplatz



Kommenden April wird Nestlé-Verwaltungsratspräsident **Peter Brabeck** nach 50 Jahren und etlichen Positionen im Unternehmen den Konzern verlassen. Noch bevor es so weit ist, liegt auch schon sein erstes Buch auf dem Tisch. Mit «Ernährung für ein besseres Leben» ist der Kärntner gerade auf Werbetour. Er beschreibt darin, wie künftig personalisierte Nahrung die Gesundheit verbessern soll.

Ähnlich umtriebige dürfte es bei dem 71-Jährigen auch im Ruhestand weitergehen. Der Noch-Manager investiert in Start-ups. Eines davon ist **Gamaya**, ein Spin-off der **ETH Lausanne**. Das Unternehmen entwickelt eine neuartige Drohne für Messungen in der Landwirtschaft. Jüngst ist Brabeck auch unter die Störproduzenten gegangen. Er hat in das Walliser Start-up **Kaperskian** investiert. Mit der Stör-Farm laufe es gut, erzählte Brabeck diese Woche in der SRF-Sendung «**ECO Talk**». Den Kaviar gebe auch bei der **Migros** zu kaufen.

Das bestätigt Migros-Chef **Herbert Bolliger**, der in der Sendung mit am Tisch sitzt. Auch er steuert nach 33 Jahren bei der Migros nächsten November auf den Ruhestand zu. Er werde nicht kürzertreten, so Bolliger. Der Migros-Chef will seine Erfahrung in Verwaltungsräten einbringen - und hofft damit vielleicht darauf, doch einmal noch das grosse Geld zu verdienen.

Beim Bauzulieferer **AFG Arbonia Forster** scheint die Übernahme der Industriegruppe **Looser** praktisch in trockenen Tüchern zu sein. Die Arboner halten bereits gut 88 Prozent der Looser-Aktien in ihren Händen. Damit dürfte sich einer in der Schweizer Industrieszene besonders die Haare raufen: **Edgar Oehler**. Der ehemalige Arbonia-Chef wollte bei Looser bereits zu seiner Zeit im Jahr 2008 zuschlagen und AFG zum grössten Türenanbieter in Europa machen. Wie der aktuelle Arbonia-Präsident **Alexander von Witzleben** kürzlich öffentlich sagte, stimmte die Chemie zwischen den Parteien aber nicht.

Korrekt

Im Artikel vom 30. 10. 2016 «Der Zweikampf um den Migros-Thron» hiess es, der ehemalige Migros-Chef Anton Scherrer sei einst Chef der Migros-Genossenschaft Aare gewesen. Das ist falsch. Scherrer kam von Hürlimann zur Migros und war Chef der Migros-Industrie. Wir bedauern den Fehler.

Energie-Nachbar äussert Bedenken

Der rasche Atomausstieg ist umstritten. Der Blick nach Deutschland zeigt, wo die Probleme lauern.

VON LAURINA WALTERSPERGER

Es soll schneller gehen mit der Stilllegung von Schweizer Atomkraftwerken. Das fordern die Grünen in der Initiative, über die die Schweiz in zwei Wochen abstimmen wird.

Während sie auf die Unterstützung von SP, Grünliberalen, EVP und Umweltverbänden zählen können, halten Mitte-Rechts-Parteien und Wirtschaftsverbände dagegen. Nun äussern deutsche regierungsnahen Beraterkreise Risikobedenken zum beschleunigten Ausstieg. Beim Atomausstieg, wie ihn die Initiative vorsieht, sollen bereits nächs-

tes Jahr die AKWs Mühleberg, Beznau I und Beznau II stillgelegt werden. Danach wäre bei den Anlagen Gösgen 2024 und Leibstadt 2029 Lichterlöschen. «Drei Stilllegungen bereits im nächsten Jahr lassen den Akteuren im Markt zu wenig Vorlaufzeit, um die notwendigen Anpassungsmassnahmen vorzunehmen», sagt Christoph Maurer, Chef des deutschen Beratungsunternehmens Consentec und Netzberater der deutschen Bundesregierung. «Die notwendigen Anpassungsmassnahmen brauchen 3 bis 5 Jahre.» Deutschland habe mit dem beschlossenen Atomausstieg nach Fukushima 2011 erfahren, dass ein kurzfristiger Ausstieg unerwartete Probleme mit sich bringen kann.

Wie Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV), kürzlich gegenüber «Schweiz am Sonntag» sagte, sei klar, dass beim beschleunigten Atomausstieg die benötig-

ten alternativen Energien in der Schweiz niemals rechtzeitig aufgebaut werden können. Damit steht fest: Es wären erhebliche Stromimporte aus dem umliegenden Ausland notwendig.

Ökonomische Folgen drohen

Dieser Strom ist aktuell zwar dank den herrschenden Überkapazitäten in Europa günstig - «jedoch ist unklar, ob das so bleiben wird», sagt Maurer. Denn eigentlich seien die Strompreise in Europa seit 2012 zu tief. Damit erhöhe sich das Risiko, dass einige Kraftwerke nicht mehr dauerhaft betrieben werden könnten. Kommt es tatsächlich zu einer Verknappung des Stroms in Europa, «wäre die Schweiz im europäischen Strommarkt gegenüber den EU-Staaten benachteiligt», so Maurer.

Ob ein solches Szenario eintritt, kann aktuell keiner genau abschätzen. Hin-gegen scheinen mit der Initiative un-

mittelbar ökonomische Folgen sehr viel wahrscheinlicher: Deutschland bezieht mittlerweile jährlich etwa 14 Prozent des Stroms aus den Windparks im Norden des Landes. Diese Kapazitäten werden jährlich um 2 bis 3 Gigawattstunden ausgebaut. «Beim Transport dieses Stroms in das erzeugungsschwächere Süddeutschland kommt es mit unserer Netzinfrastruktur heute schon zu Engpässen», sagt Maurer. Er rechnet damit, dass diese Kosten zusätzlich benötigter Stromimporte der Schweiz verteuern werden.

Solche Engpässe gäbe es auch im Schweizer Stromnetz, sagt Swissgrid-Sprecherin Irene Fischbach. Zwei Drittel des Übertragungsnetzes stammen aus den 1950er- und 60er-Jahren und müssen laut Fischbach dringend um- oder ausgebaut werden. Doch das könne nicht so schlagartig geschehen, wie es die Fristen der Initiative vorgäben.

INSERAT